

Gegenstand: Verpflichtung der Ratsmitglieder nach § 30 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende gibt eingangs einen historischen Aufriss über die jahrhundertealte Tradition der kommunalen Selbstverwaltung, die 1111 mit weitreichenden Freiheitsprivilegien der Bürger der Stadt Speyer begann. Dem entsprechend wird es während der nun begonnenen Legislaturperiode 2011 ein bedeutendes Fest - 900 Jahre Freiheitsrechte der Stadt und 950 Jahre Domweihe - geben. Wie heute hat in der Dreifaltigkeitskirche, nach der Zerstörung Speyers während des Pfälzischen Erbfolgekrieges, der erste Gottesdienst stattgefunden, bevor der Rat dann in das neu errichtete Rathaus einzog.

Er weist die Mitglieder des Gremiums auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Alle Ratsmitglieder werden vom Vorsitzenden entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Einhaltung dieser Regeln verpflichtet.

Die Ratsmitglieder Dr. Markus Wintterle und Gabriele Tabor sind noch nicht verpflichtet, da sie bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend sind.



Gegenstand: Bildung der Ausschüsse der Stadt Speyer;

Festlegung der Ausschüsse und der Ausschussgrößen; sowie Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2009

Vorlagen: 0001/2009 und 0005/2009

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 nach der Vorberatung im Ältestenrat gemeinsam zu behandeln.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigefügt.

Herr C. Ableiter beantragt für die BGS-Fraktion bei folgenden Ausschüssen eine Größenänderung:

- Aufsichtsrat AES GmbH
- Stiftungsrat der Stiftung f
 ür Bildung und Sport
- Aufsichtsrat WES GmbH

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Besetzung von Aufsichtsräten durch Gesellschaftsverträge geregelt ist und z.B. im Aufsichtsrat WES im Verhältnis zu den Gesellschafteranteilen von Sparkasse und Volksbank steht. Ebenso ist der Stiftungsrat der Stiftung für Bildung und Sport durch Satzung festgelegt. Insoweit muss dieser Änderungsantrag zur Ablehnung empfohlen werden.

Herr Preuß verweist für die SWG-Fraktion auf die im Ältestenrat besprochene Zusammenlegung des Umweltausschusses mit dem Verkehrsbereich und die Umbenennung in Umwelt- und Verkehrsausschuss.

Herr Czerny spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dagegen aus, den Verkehrsbereich mit dem Umweltausschuss zusammenzulegen. Er plädiert dafür, einen eigenen Verkehrsausschuss einzurichten. Herr Feiniler äußert darauf, man habe sich im Ältestenrat doch bereits einstimmig darauf geeinigt, auch unter Beteiligung der Grünen. Sollte es nun doch wieder geändert werden, dann muss das mit der SPD-Fraktion nochmals beraten werden. Auch Herr Dr. Jung beruft sich für die CDU auf das Protokoll des Ältestenrates.

Laut Herrn Jaberg ist der Ältestenrat nur ein beratendes Gremium. Es wurde ohne ausführliche Vorlagen zur Sitzung eingeladen, man konnte sich in der Fraktion also nicht ausreichend vorberaten. Er konnte in dieser Sitzung nur für sich, nicht aber für die Fraktion sprechen. Außerdem sollte es dem Stadtrat möglich sein, im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion zu beschließen, wie viele Aufsichtsratsmitglieder er entsenden will. Auch das dient der Transparenz der politischen Arbeit.

Der Vorsitzende stellt nochmals klar, dass ganz klare Regelungen der Gesellschaftsverträge bestehen und die Aufsichtsräte nach den Anteilen der Gesellschafter besetzt werden. Einseitige Änderungen der Stimmenverhältnisse nach Gutdünken des Stadtrates sind nicht rechtens. Bei den anderen Gesellschaftern besteht vermutlich kein besonderer Bedarf an einer Erhöhung.

Herr C. Ableiter sieht auf Grund der Mehrheitsverhältnisse den Wunsch nach erhöhter Transparenz. Deshalb kann mit den Gesellschaftern trotzdem über eine Veränderung verhandelt werden. Außerdem beantragt er zusätzlich, dass über die Erweiterung der AES-Mitgliederzahl gesondert abgestimmt wird.

Dieser BGS-Antrag findet mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nicht die erforderliche Mehrheit und wird abgelehnt. Auch die weiteren BGS-Anträge werden bei 5 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung eines eigenen Verkehrsausschusses findet ebenfalls mit 9 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, keine Mehrheit und wird abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung für die Sitzungsperiode 2009-2014 mehrheitlich folgende Ausschüsse, Aufsichtsräte und Beiräte:

	Gremium	stimmbered	stimmberechtigte politische Mitglieder	
			Bemerkungen	
1	Aufsichtsrat der AES GmbH	5	+ Vorsitzende(r)	
2	Aufsichtsrat der GEWO GmbH	9	+ Vorsitzende(r)	
3	Aufsichtsrat der SWS GmbH	9	+ Vorsitzende(r)	
4	Aufsichtsrat der WES GmbH	5	+ Vorsitzende(r)	
5	Bau- und Planungsausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
6	Fremdenverkehrsausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
7	Haupt- und Stiftungsausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
8	Jugendhilfeausschuss (nach § 71 SGB VIII - 3/5)	8	+ Vorsitzende(r)	
9	Kulturausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
10	Personalausschuss	6	+ Vorsitzende(r)	
11	Rechnungsprüfungsausschuss	6	incl. Vorsitzende(r)	
12	Schulträgerausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
13	Seniorenbeirat	4		
14	Sozialausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
15	Sportausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	
16	Sportstättenbeirat	15	+ Vorsitzende(r)	
17	Unterausschuss für Sportstättenvergabe	3	+ Vorsitzende(r)	
18	Stadtrechtsausschuss	15	keine Stellvertreter!	
19	Stiftungsrat Historisches Museum	2	Stellvertreter für OB und Bgm.	
20	Stiftungsrat Stiftung für Bildung und Sport	5	keine Stellvertreter!	
21	Umlegungsausschuss im Vollzug des BauGB	4		
22	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	15	+ Vorsitzende(r)	
23	Verband Region Rhein-Neckar - Verbandsversammlung	1	+ OB = "geborenes" Mitgl. (Ermittlung nach d'Hondt)	
24	Verwaltungsrat der Kreis- und Stadtsparkasse Speyer	4	+ Vorsitzende(r)	
25	Verbandsversammlung der Kreis- und Stadtsparkasse Speyer	3	+ Vorsitzende(r) keine Stellvertreter!	
26	Werkausschuss	15	+ Vorsitzende(r)	



Gegenstand: Änderung der Geschäftsordnung - Ältestenrat;

Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2009

Vorlage: 0002/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Der Tagesordnungspunkt wird wegen des engen Zusammenhangs mit der Beratung über die Geschäftsordnung für den Stadtrat einstimmig auf die nächste Ratssitzung vertagt.



Gegenstand: Wahl des Haupt- und Stiftungsausschusses Vorlage: 0004/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Vorschlag der im neuen Stadtrat vertretenen Fraktionen (Sitzung des Ältestenrates am 01.07.2009) wählt der Stadtrat einstimmig folgende Personen in den Haupt- und Stiftungsausschuss der Stadt Speyer (Sitzungsperiode 2009-2014):

	Mitglied	Stellvertreter(in)	Partei
1	Heike Häußler	Dr. Axel Wilke	CDU
2	Michael Wagner	Thomas Höchemer	CDU
3	Hans-Peter Rottmann	Manfred Mussotter	CDU
4	Monika Kabs	Helga Spitzer	CDU
5	Dr. Gottfried Jung	Jörg Zehfuß	CDU
6	Dr. Markus Wintterle	Friedel Hinderberger	SPD
7	Walter Feiniler	Stefanie Seiler	SPD
8	Gustav Pade	Gabi Tabor	SPD
9	Fritz Knutas	Walter Deutsch	SPD
10	Hermann Preuß	Christine Ritthaler	SWG
11	Martin Roßkopf	Rainer Tochtermann	SWG
12	Johannes Jaberg	Klaus-Dieter Schütt	B90/Grüne
13	Irmgard Münch-Weinmann	Owe-Karsten Lorenz	B90/Grüne
14	Frank Ableiter	Claus Ableiter	BGS
15	Dr. Heinz-Dieter Jakumeit	Käte Roos	FDP



Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Haupt- und Stiftungsausschuss einstimmig, wichtige Entscheidungen, die dem Rat vorbehalten sind, während der Sommerferien vom 10.07.2009 bis zum 21.08.2009 an Stelle des Rates zu treffen.



Gegenstand: Bestimmung von zwei Ratsmitgliedern und zwei Stellvertreterinnen/

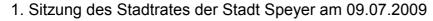
Stellvertretern für die Mitzeichnung der Niederschriften des

Stadtrates (§ 41 GemO, § 27 Geschäftsordnung für den Stadtrat)

Beschluss:

Der Stadtrat bestimmt auf Vorschlag der CDU- und der SPD-Fraktion einstimmig folgende Ratsmitglieder, die das Stadtratsprotokoll für den Rat mitzeichnen:

	Mitzeichnendes Mitglied:	Stellvertreter(in)
CDU	Manfred Mussotter	Hans-Peter Rottmann
SPD	Stefanie Seiler	Gustav Pade





Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 59 B "Kaserne Normand -Gegenstand:

> 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" - hier: Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

(gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) sowie Satzungsbeschluss

(gemäß § 10 BauGB) Vorlage: 0003/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Punkt bereits mehrfach im bisherigen Bau- und Planungsausschuss sowie dem Stadtrat beraten wurde. Auch über die finanziellen Rahmenbedingungen herrschte Konsens. Im Ältestenrat hat man sich darauf verständigt, den Bebauungsplan ohne weitere Vorberatung direkt in den Rat zu bringen, um den Baubeginn nicht weiter zu verzögern.

Frau Münch-Weinmann äußert, die Einwendungen den Anwohnern zum Verkehrsaufkommen sind nachvollziehbar und sollten Ernst genommen werden. Die Annahmen aus dem Bebauungsplan, dass nur 10 % des Verkehrsaufkommens über das Wohngebiet erfolgen werden, sind theoretisch. Die Ansiedlung eines Discounters wird neben dem Lieferverkehr zusätzliche Fahrzeuge in das Wohngebiet bringen, da für Großeinkäufe von vielen Leuten - auch von nördlich des Normand-Geländes - das Auto benutzt wird. Deshalb sollte dieses Thema im Umwelt- und Verkehrsausschuss behandelt werden.

Herr Dr. Lorenz hat das Verfahren im Bau- und Planungsausschuss verfolgt und ist irritiert, dass die Dachbegrünung auf dem Nebengebäude hier nicht mehr erwähnt wird. Ebenso fehlt der Hinweis darauf, dass der Ausschuss beschlossen hatte, die Bäume während der Bauphase zu schützen. Dies sollte dem Investor nochmals mit auf den Weg gegeben werden.

Frau Trojan erläutert, der Bau- und Planungsausschuss hat sich unter Abwägung umweltpolitischer Aspekte auf die Errichtung einer Photovoltaikanlage festgelegt. Herr Dr. Jung fragt nach, ob die Anlage die gesamte Fläche erfassen soll oder ob eventuell auf Teilflächen eine Dachbegrünung möglich wäre. Frau Trojan äußert, die Voltaikanlage sollte wegen der Effektivität möglichst groß gehalten werden. Eventuell wären Begrünungen in den Randbereichen möglich, allerdings kann es dort Probleme mit Überschattungen geben.

Dr. Jung äußert, dass Fragen der Verkehrsführung und verkehrsberuhigende Maßnahmen nicht Bestandteil des BPlanes sein müssen. Man könnte also dem Bebauungsplan in Gänze mit dem Vorbehalt zustimmen, dass Einzelheiten der Verkehrsführung und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung im neugebildeteten Umwelt- und Verkehrsausschuss vertiefend beraten und ggf. im Sinne der Einwender entschieden werden können.

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr Kostić, regt als Nutzer des Hauses der Vereine in diesem Zusammenhang an, die Straßenausschilderung auf dem Normand-Gelände zu verbessern. Er beobachtet immer wieder PKW und LKW, die nach Adressen suchen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- 1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 059 B "Kaserne Normand – 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" wird gemäß der Sitzungsvorlage entschieden.
- 2. Der entsprechend überarbeitete Entwurf zum Bebauungsplan "Kaserne Normand 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" einschließlich Begründung wird gebilligt.
- 3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 88 LBauO als Satzung über "Örtliche Bauvorschriften" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 B "Kaserne Normand 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" beschlossen.
- 4. Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO in den Bebauungsplan Nr. 59 B "Kaserne Normand 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" integriert.
- 5. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan Nr. 59 B "Kaserne Normand 2. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.
- 7. Der Flächennutzungsplan ist nach § 13 BauGB Abs. 2 Nr. 2 im Wege der Berichtigung anzupassen. Im Flächennutzungsplanentwurf 2020 der Stadt Speyer ist an entsprechender Stelle eine Mischbaufläche dargestellt. Es erfolgt nun die Darstellung eines Sondergebiets Nahversorgung.

Einzelheiten der Verkehrsführung und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung werden im neugebildeteten Umwelt- und Verkehrsausschuss vertiefend beraten und können dort entschieden werden.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.07.2009



Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Aufstellung einer Weihnachtspyramide am Altpörtel

Herr Dr. Nowack berichtet darüber, dass sich eine Arbeitsgruppe mit Ideen für den Platz vor dem Altpörtel beschäftigt, nachdem die Eisbahn an dem bisherigen Standort nicht mehr realisiert wird. Durch einen Gastwirt vor Ort wurde die Errichtung einer begehbaren Weihnachtspyramide ins Gespräch gebracht. Es handelt sich dabei um das große Ebenbild der bekannten, kleinen Erzgebirgler Weihnachtspyramiden. Die Ausmaße betragen 8,50 m in der Höhe und 7,5 m im Durchmesser als Achteck – mit einer kleinen Gastronomie im Erdgeschoß und einer Plattform im Obergeschoß. Der Investor möchte zur Investitionssicherheit eine Entscheidung der politischen Gremien, ob ein solches Projekt überhaupt gewünscht wird. Das mögliche Vorhaben wurde bereits im Ältestenrat vorgestellt und grundsätzlich begrüßt.

Vom Grundsatz ist die SPD-Fraktion laut Herrn Feiniler für das Projekt. Er möchte allerdings wissen, ob der Gastronom irgendwelche Forderungen an die Stadt oder deren Tochterunternehmen gestellt hat. Die Investitionskosten belaufen sich nach Informationen von Herrn Dr. Nowack auf ca. 150.000 €. Möglicherweise gibt es auch noch kostengünstigere Angebote. Dem Gastwirt wurden keine Zusagen für eine unmittelbare Unterstützung in Aussicht gestellt. Allerdings wären Kooperationen in anderer Weise denkbar.

Frau Häußler äußert, das Projekt sollte unterstützt werden, allerdings ist eine direkte finanzielle Zuwendung sicherlich nicht möglich.

Herr Jaberg signalisiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzliche Zustimmung, die Kostenfrage müsse aber nachdrücklich betrachtet werden.

Auch Herr C. Ableiter spricht für die BGS-Fraktion eine prinzipielle Unterstützung aus, wenn das Projekt privat durchgeführt wird, ohne dass es den Verkehr behindert. Für ihn macht es keinen Unterschied, ob man 10.000 € direkt oder auf Umwegen über kostenfreies Gas und Wasser oder über geminderte Kreditzinsen bei der Sparkasse ausgibt. Sollte dies geplant sein, muss eine konkrete Zahl genannt werden, die man bereit ist, dafür aufzuwenden.

Die SWG-Fraktion begrüßt durch Herrn Preuß das Projekt. Er erinnert nochmals daran, die Händler-Leistungsgemeinschaft "Herz von Speyer" zu beteiligen. Er sieht im Bereich des Sponsorings einige finanzielle Möglichkeiten.

Herr Deutsch erwidert, es dürfe im Zusammenhang mit den Mitbewerbern bei Sponsoring und Stadtbildpflege nicht mit unterschiedlichen Maßen gemessen werden. Wenn andere keine bedruckten Schirme aufstellen dürfen, kann dort keine flimmernde Bundesligawand erlaubt sein.

Der Vorsitzende sieht grundsätzlich Übereinstimmung, dass eine solche Einrichtung attraktiv für diesen Standort ist. Die angespannte Haushaltslage erlaubt aber keine finanziellen Leistungen an den Betreiber. Im Bereich des Sponsoring muss ein tragbares Konzept gefunden werden, wie z.B. auch bei der Kaisertafel, die ohne Sponsoren nicht möglich wäre. Weiterhin braucht der Investor zur Planungssicherheit eine Zusage, das Objekt auch in Folgejahren aufstellen zu können.

Frau Münch-Weinmann ging nach den Gesprächen im Ältestenrat davon aus, dass das für die Stadt kostenneutral erfolgt. Laut Herrn Dr. Nowack gab es bisher noch keinerlei Gespräche bezüglich einer Kostenbeteiligung.

Herr Dr. Lorenz stellt fest, dass die Meinungsbildung nur im Ältestenrat erfolgt ist. Von Kosten wurde dort nicht gesprochen. Er stellt sich die Frage, ob eine Entscheidung hätte gefällt werden sollen, ohne über dieses Thema zu informieren. Der Vorsitzende widerspricht dieser Unterstellung; seitens der Verwaltung wurde das Konzept lediglich vorgestellt, verbunden mit der Aufforderung an die Fraktionen, nach den Fraktionsberatungen Rückmeldung hierzu zu geben.

Herr Hinderberger tut sich schwer damit, sofort eine Zusage über 5 Jahre auszusprechen. Eventuell ist es möglich, das Objekt zunächst für 1 Jahr zu mieten, um zu sehen, wie die Wirkung ist.

Laut Herrn Dr. Jung geht es doch nur um die Frage, ob sich der Stadtrat eine solche Weihnachtspyramide an diesem Platz vorstellen kann.

Herr Röbosch äußert, jeder wünsche sich schöne Weihnachten, aber eine finanzielle Beteiligung der Stadt lehnt er für ein Privatunternehmen grundsätzlich ab.

Nach Ansicht von Herrn C. Ableiter dürfte die Anmietung eines solchen Objektes nicht bezahlbar sein. Er hat keine Einwände gegen eine Standortzusage für 5 Jahre, aber ohne Beteiligung der Stadt, der Stadtwerke oder der Sparkasse.

Frau Ritthaler tritt dafür ein, das weihnachtliche Flair des Stadtbildes zu erhalten. Deshalb sollte die Werbung zurückhaltend und dem Fest angepasst gehalten werden.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit folgender Zusammenfassung ab: der Stadtrat ist mit dem Standort einverstanden. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt kommt nicht in Betracht. Wenn eine Miete nicht möglich ist, kann der Investor den Platz 5 Jahre nutzen.

Dem schließt sich der Stadtrat einstimmig an.

Stadtrat am 09.07.2009 - Niederschrift - TOP 9 - Seite 2

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.07.2009



1. Sitzung des Stadtrates 09.07.2009 Werner Schineller

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!